

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
Bereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haß,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 2ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Agr. Sachsen  
u. Grath. Sachl. -Mtenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Veranstaltungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 36. Freitag, 27. März. 1874.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zustellung in folgender Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/4 Frs.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Heisterstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Wolmarödorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei Frau Hohe, Plagwitz, Bischer'sche Str. 26, für Sonnenwiz u. bei Teubert, Vornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg bei Horn, Hauptstr. Nr. 95, für Stötteritz bei D. Richter, für Gohlis u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Filialen, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. April an nicht mehr effektiv.

Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbeitrag zu entrichten.

## An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für April, Seiten einer Festschrift, wollen sich die Versender auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

## Zum Prozeß Bazaine.

Bazaine benahm sich am 6. August gegen den unter seinem Befehle stehenden Frossard etwa wie Jork und Schwarzenberg 1812—1813 gegen die sie befehligenen Macdonald und Bielewicz gegen oder wie sich die Russen und Preußen 1814 zweifeln untereinander in Frankreich behandelt hatten. Trozdem er bereits fast die Hälfte der „Rheinarmee“ kommandierte, machte er seinem geistig wie körperlich ganz verkommenen Oberanführer keine Vorstellungen über das geirrende Herumtrotzeln von etwa 100,000 Mann zwischen Saar und Nied und Nied und Mosel vor einem 2/3 mal überlegenen Feinde. Dabei war der rechte Flügel der ganzen französischen Aufstellung unter MacMahon von ganzlich versprengt, welcher Marschall aber auch nur hatte sich rausen können, ohne einen, ich will nicht sagen einen Strategen, sondern nur eines Soldaten würdigen Rath zu erhalten. Par nobis fratrum. Tage lang wagten sich die Russen nicht recht in die Berge hinein und noch war der in Waldern überhaupt nutzlose „Uplan“ nicht allgegenwärtig. Und doch geschah selbst nichts für eine Guerilla-Gebirgsverteidigung, von einem konsequenten Gebirgszuge gar nicht zu reden. Nach dem Zuni-Schlacht 1848 hatten die waffbürglichen Lummeleien schließlich in der Nacht des 2. Dezember 1851 in allen Richtungen einen solchen Schanz auf die Oberfläche getrieben, daß den Franzosen in den kritischsten Augenblicken für die höchsten diplomatischen und militärischen Verrichtungen nur die Wahl aus dummem Gelehrer und Lakaien blieb. So kam es, daß ein Bazaine an die Spitze der Rheinarmee gerieth. So ist es gekommen, daß nach dem Niederschlagen der letzten großen „rothen“ Bewegung ein MacMahon an der Spitze der französischen Regierung steht. Was hat Bazaine militärisch geleistet? Das allererste Nichts! Der sogenannte Krimkrieg, ein nutzloses Kampfesstücken, während er nur untergeordneten Posten vorstand, bot kaum ein geringes Manöverterrain dar, und das Unternehmen gegen Mexiko war ein „katholischer“ Räuberzug, der mit Schimpf und Schande endete, als die Yankee, die vorläufig „noch nicht mal keinen König haben“, mit ihrem billigen Urwaldsknüttel drohten.

Für den König von Preußen war Bazaine „le soul officier“, der einzige Dignitär, der seine Schuldigkeit gethan hatte, wie der ehemalige Bismarck der Ende 1870 in Europa herumtrotzenden blismade Thiers zu Versailles erzählte, und diesen soul officier hatte Gambetta nach dem Fall von Metz sofort als Verräther proklamiert! Der herrliche Bazaine war ein Laus! Von Gambetta,

der auch „herrlicher Kriegsherr“ war! Bazaine hatte den Deutschen die Roselbrücken zum Uebergange stehen lassen, von andern kleinen Gefälligkeiten nicht zu sprechen — „es bravo „soul officier“; die Pariser hatten manche Brücken abgedreht, wodurch die Märsche der Deutschen verzögert wurden, überdies gar gewagt, den Hohenjollern den Einmarsch in Paris während 4 1/2 Monaten zu verwehren. Sie überraschten den deutschen „Kriegsherrn“ und sein ganzes herrliches Militärkabinet und den Bazaine dazu. Sie hatten doch nicht etwa ihre Schuldigkeit nicht gethan!

Es wird den Kriegsherrn gewiß interessieren, zu erfahren, was einer seiner Stabschöffen, der Hauptmann v. d. Goltz in dem oben bereits angeführten offiziellen Werke über die 2. Armee von dem „soul officier“ Bazaine sagt (S. 355): „Eine herrliche Antipathie, die er oft genug vor den Augen seiner Feinde bewiesen, ist es immer mehr gewesen, was man an ihm bewunderte, als grade die Schnelligkeit, Klarheit und Kühnheit des Entschlusses“. In einfaches Deutsch überetzt heißt dies: Bazaine handelte langsam, da er unklar dachte und moralisch feig war; an animalischer Frechheit fehlte es ihm nicht. Und nun mag sich der oberste Kriegsherr mit dem v. d. Goltz über die Würdigung Bazaines weiter benehmen. S. d. Goltz hat übrigens seine Schilderung dem französischen General Deligny (Kommandeur der 1. Garbedivision) entlehnt, der schon im December 1870 zu Münster französisch druden ließ: „Die Aufgabe, welche dem Marschall zufiel, ging weit über seine Mittel und Kräfte; er war ihr nicht gewachsen, weder in physischer Beweglichkeit, noch in Talenten, noch in moralischer Energie. Für eine so erhabene Mission mußte er alle Hülfsmittel einer großen Seele spielen lassen, die ganze Energie eines großen Charakters; Genieblitze hätten noch über ihn kommen müssen. . . . . der Marschall rief nur eine egoistische Schlafmüdigkeit (sommolence) zu Hilfe, eine Art Gleichgültigkeit für die allgemeinen Interessen, er konnte nur über einen kleinen Geist und kleine Mittel gebieten.“

Bazaine erhielt am 12. August 1870 definitiv den Oberbefehl über die „Rheinarmee“. Er mußte über Zahl und Marschrichtung der Feinde unterrichtet sein und war es. Das Natürliche wäre es gewesen, die nöthige Besatzung in Metz zu lassen und schleunigst landeinwärts, westlich oder nordwestlich abzugehen. Dadurch hätte jedoch die Dynastie gelitten, also blieb Bazaine an Metz hängen. Er selbst giebt zu, daß er sich auch jetzt noch als unter den zugestülpten Befehlen Bonaparte's stehend betrachtete.

Es handelte sich darum, fest zu marschieren. Dennoch wurde der 13. verlostert. Die beiden über die Seille und die Moselbrücken oberhalb Metz, welche die Deutschen zu beschleunigten Umgehungen benötigen konnten, wurden nicht zerstört. In Verwirrung wurde auf das linke Ufer hinübergeschlendert. The devil took the hindmost! (Der Teufel fahre mit dem Hintersten ab!) So entspann sich die Schlacht des 14. zwischen den hintersten Divisionen Bazaine's und den vordersten der ersten Armee. Von einem Plane war auf keiner Seite die Rede. Das giebt Molke selbst zu und Steinmetz beklagt es, und mancher zukünftige Geschichtsdreher dürfte annehmen, daß damit das geistige Kaliber der Kämpfenden gekennzeichnet ist.

Am 13. August befanden sich die Marschziele der sieben Corps der zweiten Armee noch auf dem rechten Moselufer, 1 1/2 bis 2 deutsche Meilen vom Fluß entfernt. Nur die Rheinbadische Kavallerie war am Vormittage desselben Tages über die freundlichst erhaltene Brücke von Pont à Mousson auf's linke Ufer geritten. Auch noch am 14. hatte die zweite Armee auf dem rechten Ufer zu verbleiben; nur das 10. Corps sollte „vornwärts Pont à Mousson Stellung nehmen und die Kavallerie der ersten und zweiten Armee den eventuellen Rückzug des Feindes auf der Straße Metz-Verdun beunruhigen.“ Der Abmarsch der Franzosen ward also von den Deutschen am 15. noch als gesichert betrachtet, trozdem Bazaine ihnen hatte die Brücken stehen lassen. Sie selbst konnten gar nicht daran denken, vor dem 16. oder 17. mit der zweiten Armee, die sich vor die erste geschoben fand, auf dem linken Moselufer überhaupt Stellung zu nehmen, wenn die Franzosen die Brücken zerstört und sich einem Neubau irgendwie ernsthaft widersetzt hätten.

Der Major im „großen“ Generalstabe v. Schell sagt S. 83: „General v. Steinmetz erkannte die glänzende Tapferkeit der Truppen und die geschickte Leitung des Geschüts an. Dagegen mißbilligte der General, daß man sich ohne Befehl von oben in ein so ernstes Engagement eingelassen, und dasselbe in solcher Ausdehnung fortgeführt hatte, wo die Aufgabe der ersten Armee eine wesentlich defensive, und die Nähe eines großen Kriegesplatzes jede unmittelbare Ausnutzung des Sieges unmöglich machte.“

Freilich war, als man am Nachmittage plötzlich den Abzug des Feindes bemerkt hatte, keine Zeit mehr gewesen, um die Genehmigung zur Verfolgung einzuholen, und wenn diese war an den Wällen der Festung ihre Grenze gefunden, so hatte die Energie des Angriffs den Feind doch gezwungen — um Front gegen denselben zu machen — auf den beabsichtigten Abmarsch völlig zu verzichten. Die Trophäen des Sieges vom 14. August blieben jenseits Metz zu erndten.“

Das Ende dieser Citation hat v. Schell ex posterioribus (von hinten) prophetisiert, nachdem er zuvorst die durchaus falsche Angabe gemacht über die Freiheit des Feindes von dannen zu gehen. „Jenseits Metz“ hieß für die Deutschen am 14. ebenso gut Havre als irgend eine andere westliche oder nordwestliche Gegend. Die Trophäen lagen damals noch in sehr weiter Ferne.

Molke erklärte am 15. (Siehe v. d. Goltz S. 78): „Die Verhältnisse, unter welchen das 1. und 7. Armeecorps, so wie

Theile der 18. Division am 14. Abends einen Sieg erfochten, schlossen jede Verfolgung aus. Die Früchte des Sieges sind nur durch eine kräftige Offenstee der zweiten Armee gegen die Straßen von Metz, sowohl über Frednes, wie über Etain nach Verdun zu erndten.“

Das „große“ Generalstabswerk, als dessen Vater Molke betrachtet wird, ist nichts als eine Rediffillation der offiziellen Darstellungen der Vorläufer Blume, Wartensleben, Goltz, Schell, Hahnke u. s. w. Wirklich Neues kann es also nicht mehr bringen. Auffällig ist es nur, wie es die schon en détail verzapften Axtreden en gros nachpappelt. Von wem kommt die Parole? Um das Benehmen der Generale v. Manteuffel und v. d. Goltz am 14. August zu vertheidigen und besonders, um die Leser glauben zu lassen, daß schon vor dem 14. sein Plan gewesen sei; die Bazaine'sche Armee bei Metz festzuhalten, läßt Molke S. 508 schreiben: „Hierzu kam für die I. Armee noch ein gewichtiges Motiv, nämlich der natürliche Wunsch, die Aufgabe der II. Armee zu erleichtern, welche, wie man wußte, sich nach Ueberschreiten der mittleren Mosel einem weitem Abzug des Feindes entgegenzusetzen hatte.“ „Wie man wußte!“ Wer ist man? der Armeekommandant Steinmetz? Oder die Corpskommandant Manteuffel, Zastrow, Göben? Oder die Divisionsgenerale, oder die Brigadegenerale, deren einer Goltz war? Es ist kein „Befehl“, keine „Direktive“, keine „Instruktion“, keine „Auslassung“, keine „Aufsaffung“, kurz auch nicht das geringste Orakelchen Molkes zu entdecken, welches ihn berechtigen könnte, zu sagen: wie man wußte. Er selbst „wußte nicht“. Also wenn Molke sagt, „wie man wußte“, so sind wir nicht sicher, ob es nicht heißen müßte: „wie man nicht wußte“. Wie vollkommen Bismarck und Molke einander verstehen müssen!

Wenige Zeilen nach dem Obigen heißt es: „Daß ein so reges Gefühl von Kameradschaftlichkeit (zwischen v. d. Goltz und v. Manteuffel), ein so schnelles Entschlußfassen den Keim zu großen Erfolgen in sich trug, hat sich auch in dem Ergebnisse der Schlacht vom 14. (Colombey-Neuilly) wieder bewährt. Aber man darf sich dabei der Erkenntniß nicht verschließen, daß die Form der improvisierten Angriffschlacht manche Gefahren im Gefolge haben kann, und auch in dieser Hinsicht ist aus dem 14. August eine nützliche Lehre zu ziehen.“ Der erste Satz ist wohl nicht ganz neu. Der zweite stellt Manteuffel und Goltz als Improvisatoren hin, worunter auch ganz oberflächliche Menschen gedacht werden können. Ins Verständliche übersetzt heißt er: Durch solche „Improvisationen“ können Avantgarde aufgerieben werden, ehe andere Truppen im Stande, herbeizukommen, besonders wenn die Vorstellung erst um 4 Uhr Nachmittags beginnt, wie an jenem Tage, so daß es wegen der Nähe der nächsten Dunkelheit um so schwerer ist, Fehler gut zu machen. „In dieser Hinsicht“ ist wohl „die nützliche Lehre zu ziehen“, daß, wäre die Schlacht unglücklich für die Deutschen ausgefallen, Manteuffel und Goltz vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurtheilt, begnadigt und vielleicht auf der Insel Rügen bequemer und angenehmer eingehaust werden konnten — auf Rechnung Kautschkes!

Gemäß v. Schell, auch wenn „jede Verfolgung gemäß v. Molke ausgeschlossen“, muß der Feind, hat er sich einmal umgeschaut, verleinert über „die Energie des Angriffs“, stehen bleiben.

Bazaine benötigt die nächsten 36 Stunden, vom Abend des 14. bis zum Morgen des 16. wiederum nicht davonzugehen, sondern aus dem Getümmel seiner ohnmächtigen Bewegungen heraus läßt er ein großes Stiergeficht sich entwickeln — die Schlacht des 16. Und doch war die II. Armee am 15. so weit nach links (südlich) verschoben, um sichere Fühlung mit der III. Armee zu erreichen und zu wahren, und in ihrer Hauptmasse noch auf dem rechten Moselufer herumstehend, daß man an jenem Tage noch gar nicht den Plan gehabt haben kann, die französische „Rheinarmee“ bei Metz festzuhalten. Jetzt möchte man gerne das Gegenteil beweisen, um die Insalubilität darzutun. Was hier jedoch aus den Stabschriften dargelegt wird — das ist nichts als Geplausch. Molke war am 15. zu Courcelles 12 30 Nachmittags, troz Rheinbadischer und anderer Recognoscirungskavallerie, die um 2 Uhr Nachmittags 34 Schwadronen und 2 reitende Batterien stark war, so schlecht unterrichtet, daß er in einer Depesche an das Hauptquartier der II. Armee „die Franzosen als wahrscheinlich jetzt schon im vollen Rückzug auf Verdun“ darstellt. Auf der Straße Metz-Verdun wollte er sie nur ernstlich beunruhigen. Seine Absicht war annoch nur, sie von Chalons und Paris abzudrängen. Die nördliche Straße Conslans-Etain war noch nicht im Geringsten beunruhigt worden, eine einzige Schwadron des Manenregiments Nr. 16, die westlich von Metz durch graden Marsch nach Norden die Verbindung mit Steinmetz aufsuchen wollte — heiläufig bemerkt ein Narrenritt — war bis Tarry gelangt, von wo sie unverrichteter Sache nach Mars-la-Tour zurückgehen mußte, was ihr nicht ohne Verluste gelang.

In den Dispositionen, welche der II. Armee vom Prinzen Friedrich Karl am 15. Abends um 7 Uhr für den 16. ertheilt wurden, heißt es: „Der Abzug der feindlichen Armee nach der Maas ist im Gange.“ In Wirklichkeit war nichts Entschiedenes der Art im Gange.

Wir können für jene Tage weder der Kavallerie der I. noch der II. Armee ein Reisezeugniß ausstellen. Die französische Kavallerie war doch nicht ganz „der reitende Nachtwächter“, als den man sie, besonders für den Borspostendienst abgemalt hat. Wie schon angedeutet, 4200 der berühmten „Manen“ mit 12 reitenden Geschützen fanden am 15. um 2 Uhr Nachmittags vereinigt an der südlichen Straße Metz-Verdun. Französische Kavallerie und Artillerie stellte sich zur Wehr. „Der auf dem Schauplatz dieser



Freignisse eintreffende Divisionskommandeure (Rheinbaben) nahm indess bei der augenscheinlichen Ueberlegenheit des Gegners — vom Angriffe Abstand.“ Er will aber nur 7 bis 8 Kavallerieregimenter mit 3 Batterien (18 Kanonen) gesehen haben, wie v. d. Goltz angibt. Und als seine deutsche Kavallerie bei Barjeux, Fonville und Schemont Bivouals bezogen hatte, „umschwärmten die französischen Flankensabreuzer die preussischen Vorposten so dicht, daß mehrfach Escadrons vorgehen mußten, um sie zu verjagen. Mit den weittragenden Karabinern schossen sie z. B. beharrlich in das Bivoual der 11. Brigade, so daß dies rückwärts verlegt werden mußte.“ Hier war es also der französische „Plan“, der den deutschen dran verhinderte, verlässliche Nachrichten zu erlangen. Die Folge davon war die in den von Moltke am 15. aufgestellten „allgemeinen Gesichtspunkten“ herrschende Unsicherheit und Wirre und Friedrich Karls „Abzug der Franzosen nach der Maas“. War nun in dem Friedrich Karlschen Gehirn der Maasabschnitt, auf den die Franzosen hinsteuerten, ein anderer als der, den Moltke mit „Verdun“ bezeichnet, so mußte es ein südlicherer sein. Den ganzen Tag hindurch hatte er von der Kavallerie gehört, daß auf der direkten Straße Metz-Verdun westlich von Puntzen, die etwa 1 1/2 Meile von erster Festung entfernt sind, kein Franzose zu sehen war. Die Franzosen konnten doch nicht nach Verdun oder an die Maas geflohen sein. Sie mußten also direkt nach Norden (Thionville) oder über Conslans und Briey abgezogen sein oder bei Metz festhalten. Diese Möglichkeiten wurden weder von Moltke noch von Stiehele auch nur mit einer Sylbe erwähnt. Bekanntlich wird die Kriegsführung als schwer, die Kritik der Kriegsführung aber oft als ganz leicht geschildert. Jedoch Krieg zu führen, wie bei Metz die Deutschen und Franzosen thaten, ist jedenfalls gar nicht schwer; die Kritik kann nicht leichter sein.

Noch am Morgen des 16. hätte Bazaine, unter unbedeutenden Seitengefechten, unbehelligt mit dem Gros davon marschieren können.

## Politische Uebersicht.

— Die Feier des 18. März, als des Jahrestages der Berliner Barrikadenkämpfe von 1848 und der Pariser Commune von 1871 ist an vielen Orten im deutschen Reiche verboten, an anderen aber gestattet worden. Während zu Leipzig, Hamburg, Stettin, Bremen, Wittweida u. s. w. die „Celebration der Commune“ als „Geneignmachung zu Gesehensübretungen“ inibirt wurde, konnte zu Glauchau und zu Chemnitz der 18. März unbeanstandet gefeiert werden. In Braunschweig wurden die zwei Lokale, in welchen der 18. März festlich begangen werden sollte, von der Polizei geräumt. Ein hübsches Stück „Rechtseinheit“!

Jene Herren von der Polizei, welche glauben, mit ihren Federstrichen und Waffen das Andenken an die Commune im Volke zerstören zu können, irren sich gewaltig. So wenig sich das arbeitende Volk um die abtöneren Gänge jener „Saubirten“ gekümmert hat, welche die Commune einen „Hexensabbath von Roth und Tod“ genannt haben, so wenig kümmert es sich um die polizeilichen Blatereien. Die Pariser Arbeiter, welche muthig und voll edler Aufopferungsfähigkeit den Kampf mit den übermächtigen Feinden aufnahmen und ruhmvoll zu Ende führten, werden stets ihren Brüdern in Deutschland und anderswo ein Vorbild sein, das die Gemeinheit begabter „Patrioten“ nicht zu verwischen vermag. Wir und Laufende mit uns werden nie die kurzen Tage vergessen, während welcher der Diebstahl und die Unzucht aus Paris nach Versailles verbannt waren, während welcher die Pariser Arbeiter sich selbst regierten. Die Pariser Arbeiter wurden niedergeworfen, der Diebstahl und die Unzucht sind wieder nach Paris zurückgekehrt, und werden dort bleiben, bis wiederum, wie am 18. März 1871, der Ruf laut wird: „Es lebe die Commune!“

— Zu Hof in Bayern, wo schon längst die Staatsbreiterei mit einer ans Wunderbare grenzenden Beharlichkeit und Borntheit getrieben wird, hat nunmehr der Stadtmagistrat die Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelöst. Zu diesem Zwecke erklärte man die Mitgliedschaft für einen „politischen Verein“. Die „Gründe“, welche weiter für die Auflösung angegeben werden, sind so interessant, daß wir diejenigen davon, welche direkt aus dem Staatslexikon der berühmten Stadt Schilda zu stammen scheinen, hier anführen wollen. Der Hofer Stadtmagistrat macht sich nämlich nachstehend verzeichnete Vorstellungen von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei:

„Die sozialdemokratische Partei in Deutschland ist ein Zweig der internationalen Arbeiterassoziation und erhält ihre Centralleitung durch den zu Hamburg tagenden Ausschuss, Präsident ist Hafenclewer in Berlin. Sämmtliche Mitgliedschaften, deren fast in allen größeren Städten Deutschlands vorhanden sind, haben den Anordnungen des Ausschusses Folge zu leisten, welche entweder direkt an sie gelangen oder durch Vermittelung des Vorortvereins, zur Zeit Eisenach, ihnen zugehen. . . . Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, also auch die hiesige Mitgliedschaft derselben ist eine Vereinigung, welche die sittlichen, religiösen und insbesondere die gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zu untergraben droht. Die Aufhebung aller Vorrechte“) des Standes, des Gesezes, der Geburt und der Confession gehört zum Programm und ist jedes Mitglied verpflichtet und verbunden, für die Verwirklichung des Programms mit ganzer Kraft einzutreten. Die Organe der Partei, der in Leipzig erscheinende „Vollstaats“ und der in Weimar herausgegebene „Thüringer Volksbote“, insbesondere auch die „Hofer Zeitung“ und andere Blätter mehr, schüren immerfort den Kampf gegen die bestehenden Klassen, gegen die sog. Bourgeoisie, reizen zum Ungehorsam gegen obrigkeitliche Anordnungen, greifen religiöse Einrichtungen in einer Weise an, die schon mehrfach zu Beurtheilungen führte und auf die Moralität der Bevölkerung den verderblichsten Einfluß ausübt. . . . Den Rednern der Sozialdemokraten ist nichts mehr heilig im Staate, bei ihnen gibt es keine Achtung vor Gesez und Recht und Religion, sie kennen nur den Kampf gegen die sogenannte Bourgeoisie, gegen die bestehenden Staatseinrichtungen bis aufs Messer, sie verfolgen nur den Satz: Theile und herrsche. . . . Endlich laufen auch die Zwecke der sozialdemokratischen Partei, speziell auch der hiesigen Mitgliedschaft, den Strafgesetzen zuwider. Zweck und Ziel der sozialdemokratischen Partei ist die Errichtung eines freien Volksstaates. Dieser Zweck kann nicht erreicht werden, wenn nicht die monarchische Verfassung gewaltsam umgestoßen und an Stelle der Monarchie der demokratische Staat gesetzt wird. . . . Daß die Schaffung eines freien Volksstaates, wenn es möglich

\*) Wir werden nur ein Vorrecht bestehen lassen, das Ehrenbürgerrecht von Schilda. Dafür werden wir im Zukunftsstaate passende Verwendung finden. Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß wir diese Würde gerade der Hofer Stadtpolizei verleihen werden. Red. d. S.

ist, auf gewaltsamem Wege erreicht wird, dafür liegt ein Beweis darin, daß man den Pariser Commmandanten zubehet und den 18. März auf Commando des Prääsidenten Hafenclewer in allen Mitgliedschaften feiert. . . . Wenn auch sämtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Partei verpflichtet erscheinen, unter Verlegung des § 128 des R.-Str.-G.-B. Verfassung und Zweck der Verbindung den Behörden zu verheimlichen, so geht doch aus dem, was den Behörden durch einzelne Worte und Handlungen der Mitglieder und Parteigenossen bekannt wurde, sowie aus dem Programm der Partei zur Genüge hervor, daß ihr Zweck dem § 81 Abs. 1, Ziff. 2 des R.-Str.-G.-B. zuwiderläuft.“

Wir brauchen hier keine Kritik zu üben; unsere Leser werden diese Prachtexemplare spießbürgerlicher Gespensterei und Angstmeierei mit jener ungeheuren Heiterkeit aufnehmen, die am Plage ist. Indessen verkümmert wir nicht, auf die eminente Unkenntniß der Hofer Behörden hinzuweisen. Sie machen Hafenclewer zum Präsidenten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und reden vom „Vorortverein“ Eisenach — heides Dinge, die gänzlich aus der Luft gegriffen sind. Ebenso wird der längst eingegangene „Thür. Volksbote“ als rothes Gespenst aus dem Grabe citirt. Und solche Ignoranten, die also gar nicht wissen, um was es sich handelt, die faktisch nicht wissen, ob sie eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins oder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgelöst haben, sind mit der Fürsorge für das „öffentliche Wohl“ betraut.

Da der Hofer Stadtmagistrat so wenig weiß, so wollen wir ihm noch eins sagen. Wir wollen ihm sagen, daß die Sozialdemokratie seiner ohnmächtigen Feindschaft spottet und lacht. Und mit der Sozialdemokratie lacht jeder vernünftige Mensch in Deutschland über die „Gründe“ des Hofer Stadtmagistrats.

Unsere Hofer Parteigenossen aber rathen wir, doch ja recht bald Wielands „Abderiten“ in neuer Auflage herauszugeben. Dort sind gewisse Dinge vortreflich gezeichnet und Wielands Werke sind doch wohl vor dem Staatsanwalt sicher.

— Denkvollklicher Blödsinn. Nachdem die berüchtigten Denunziationsartikel, welche die Berliner „Volkszeitung“ neuerdings an die Adresse der Staatsanwaltschaft richtete, vorläufig wenigstens ohne Erfolg geblieben sind, sucht das Organ für Jedermann aus dem Volk sich jetzt auf einmal mit der Entdeckung zu trösten, daß die Sozialdemagogie ja in Deutschland ganz unschädlich, und „das Schreckbild nach Pariser Muster für unsere Zustände ein wesentliches Gespenst“ sei. In dem wir „das Schreckbild“, welches für unsere Zustände ein wesentliches Gespenst ist, der Privattheil unseres jüngsten Seherbüchchens überliefern, begnügen wir uns damit, aus dem betreffenden Leitartikel (Der 18. März und das Gespenst der Demagogen) zur Erheiterung unserer Leser folgende Sätze zu entnehmen: „An Freiheitstagen — das ist wahr — zählt die französische Nation der Triumphe (Triumphe an Freiheitstagen! Heiliger Bernstein!) sehr viele in ihrem Geschichtskalender auf. Wehhalb aber schmachtet sie fort und fort unter dem Druck einer Reaction, die bald nach einem abgelebten Bomben, bald nach einem kaum den Kinderhosen entwachsenen Napoleonen die rettungssuchende Hand ausstreckt? Die Antwort auf diese völkerysiologische Frage liegt in dem zweifachen Umstand, woran diese Nation seit einem Jahrhundert seiner (soll wohl heißen: ihrer — wir wollen so grausam gegen den Seher sein und einen Druckfehler annehmen) stets siegreichen Revolutionen krankt. (Ein zweifacher „Umstand“, woran eine Nation krankt! Wo ist unser Jüngster? Doch aufgepaßt! Das „völkerysiologische“ Geheimniß wird jetzt enthüllt: „Frankreich hat seine „Freiheit“ ohne die geistige Wehkraft der Volksbildung, Frankreich hat seine „Gleichheit“ ohne die gleiche Wehpflicht seiner gebildeten Volksklassen zu gründen gesucht.“

Mit anderen Worten: Frankreich hat deswegen nicht die wahre Gleichheit und Freiheit (ohne Säusüßchen), weil ihm — der Schulmeister von Sadwa und die preussische Fidelehaube fehlt! Der Ausdruck: „geistige Wehkraft der Volksbildung“ zur Bezeichnung des preussischen Schulsystems ist beiläufig, wie uns in dem Artikel selbst mitgetheilt wird, ein „schöner und edler“ Wort entnommen, das „Schulte-Deilich, unser treuer Volksgesund und Volkskämpfer“ (bei der Weinschlache) einstmalen ausgesprochen hat. Doch genug. Die „Volkszeitung“ wird aber hoffentlich ihre Entbedung, daß die wahre Freiheit und Gleichheit in Preußen verwirklicht ist und von den Franzosen bloß deshalb nicht verwirklicht werden konnte, weil sie sich nicht unter den preussischen Schulregulativstock und die Fidelehaube gefügt haben, auf dem Preßbureau patentieren und prämiiren lassen. Und wenn Herr Stieber, der gleich seinem Freund Bismard jetzt an den Folgen der Staatsretterei krank liegt — er soll die Wasserfucht haben — den Artikel der „Volkszeitung“ liest und sich zum Masterapostel der Freiheit und Gleichheit angedockert sieht, dann geht es ihm vielleicht wie weiland Erasmus in Rotterdam: er lacht sich geland und kann seine 13 oder 18 Häuser noch eine Zeit lang in Frieden genießen.

— Zur Grund- und Bodenfrage. In einer Correspondenz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. d. werden (in einer Correspondenz aus Posen d. d. 10. März) folgende Auszüge aus einem Bericht der — konservativen — „Posener Zeitung“ mitgetheilt: „Die Zahl der wohlhabenden Besitzer nimmt (unter der Landbevölkerung des Odrabruchs) von Jahr zu Jahr ab, die Subhastationen mehren sich und die Klasse der armen Leute vermehrt sich immer mehr. Die Befürchtung ist daher gar nicht unbegründet, daß die Dörfer in wenig Jahrzehnten überwiegen, wo nicht ganz, von armen Arbeiter- und Tagelöhnerfamilien bevölkert sein werden. Schon jetzt verpacken zahlreiche kleinere Besitzer ihre Besitzungen an einzelne besonders strebame Landwirthe, und gehen nach auswärts auf Eisenbahn-, Hsen-, Fabrik-, Bergwerks- und andere Arbeit aus, wo sie mehr verdienen und erkräftigen, als bei der Bestellung ihrer kleinen Wirtschaften. . . . Vielleicht ließe sich auf dem Wege der Genossenschaften durch gemeinschaftliche Beschaffung von Maschinen und populäre Belehrung über ihre Vortheile etwas Nachdrückliches für die Hebung des Bauernstandes thun. Die bestehenden landwirthschaftlichen Vereine, welche meist aus Großgrundbesitzern bestehen und für diese wirken, dürften in obiger Beziehung noch ein weiteres Feld zu wohlthätiger Wirksamkeit vor sich haben.“

Das heißt allerdings in des Wortes verwegener Bedeutung den „Vod zum Gärtner setzen“. Das „weite Feld zu wohlthätiger Wirksamkeit“ werden die Herren Großgrundbesitzer sich sicherlich nicht entgehen lassen, allein ihre „wohlthätige Wirksamkeit“ wird denen zu Gut kommen, für welche die landwirthschaftlichen Vereine nach dem naiven Zugeständniß des Herrn Correspondenten „meist wirken“, nämlich den Herren Großgrundbesitzern. Daß ein einzelnes Individuum, sei es aus Herzensgüte, sei es aus idealer Durchbildung, sein privates Sonderinteresse dem Interesse seiner Mitmenschen unterordnet, kommt wohl vor, kann aber nur als Ausnahmefall betrachtet werden, der auf die allgemeine ge-

ellschaftliche Entwicklung ohne Einfluß bleibt; eine Klasse von Individuen, die bestimmte gleiche Sonderinteressen haben, ist stets diese Sonderinteressen zur Geltung zu bringen. So war so ist es und wird es sein, bis die menschliche Gesellschaft durch den „Klassenkampf“ zu jener „Harmonie“ emporgearbeitet hat, welche mit den Sonderinteressen den Klassenkampf aufhebt. Das Sonderinteresse oder Klasseninteresse der Großgrundbesitzer ist aber, nicht den Zerfall des Kleinbäuerthums aufzuhalten sondern im Gegentheil ihn zu beschleunigen und sich der Kleinbäuerngüter zu bemächtigen. Die Großgrundbesitzer des Odrabruchs werden daher den Rath des philanthropischen Correspondenten nicht nach ihrem Geschmack finden: statt Genossenschaften für Kleinbauern ins Leben zu rufen und denselben die Beschaffung landwirthschaftlicher Maschinen zu ermöglichen, werden sie die Subhastation gelangenden Güter ankaufen und die landwirthschaftlichen Maschinen zu ihrem eigenen Vortheil verwenden. Der Prozeß, welcher sich in dem Odrabruch vollzieht, ist keine, jenen Landstrich beschränkte Erscheinung. Der nämliche Prozeß vollzieht sich mit mehr oder weniger Intensität überall in Deutschland, wo es noch einen kleinen Bauernstand gibt, er läuft parallel der aus den gleichen ökonomischen Ursachen entspringenden Aufzuehung des kleinen Handwerks durch die kapitalistische Production. Gesezgeberische Psalereien, wie z. B. die fälschlich gefasste Beschluß des preussischen Abgeordnetenhauses, bei der Errichtung von kleinen Bauerngütern aus Staatsdomänen vermögen diesen in der Natur des modernen Kapitalismus gebärdeten Prozeß nicht aufzuhalten. Für jedes neuerrichtete Kleinbauerngut werden hunderte von alten Kleinbauerngütern der Subhastation verfallen und von den Großgrundbesitzern annehmbar werden. Kleinbauerngüter aus Staatsdomänen errichten heißt die sichere Beute der Grundbesitzer vermehren, und die Mittel des Staats zur Lösung der Landfrage entsprechend vermindern. —

— Sehr verdächtig. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 18. d. findet sich folgende Notiz: „Frl. C. Hessel hat, wie die „Straitszeitung“ mittheilt, nunmehr den Antrag gestellt, sie in ein Krankenhaus zu bringen. Die Antrag dürfte dem Blatte zufolge wahrscheinlich Berücksichtigung finden, da man nach dem ganzen Gebahren der Beurtheilung kaum etwas anderes glauben kann, als daß sie einer fixen Idee leidet.“ Personen, die „an einer fixen Idee leiden“, pflegt man in Irrenanstalten zu bringen. Frl. Hessel im Irrenhause — das wäre freilich der zurechtweisendste Abschluß dieser Affaire für Herrn von Warm und für die Berliner Gerechtigkeit, die Herrn von Warm den Gefallen gehen lassen, Frl. Hessel auch in zweiter Instanz zu verurtheilen, obgleich das vorgebrachte neue Beweismaterial zum Mindesten die Verurtheilung des Entschids und die Anordnung genauer Recherchen über die Privatleben des Herrn von Warm erheischt hätte. Wir haben wahrhaftig kein sonderliches Vertrauen in das Rechtsgesühl der preussischen, speziell der Berliner Presse, allein, wir gestehen, zu halten es für unmöglich, daß sie das Verfahren der Justiz diesem beispiellosen Sdandalfall gemüthlich todtschweigen, und ob Protest zur größeren Ehre des nicht in dem Rufe der Tugend stehenden Herrn von Warm eine notorisch tugendhafte und bescholtene Dame erst im Gefängniß und dann definitiv im Irrenhause lebendig begraben lassen wird. Oder sollten wir uns da käuflich?

— Aus England wird gemeldet, die neue konservative Regierung wolle eine Commission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse niederlegen, und beschäftigen sich ernstlich mit dem Gedanken, die Arbeiterfrage zu lösen. Erstere ist nicht unwahrscheinlich, letzteres ein Unian. Daß die englischen Conservativen der Arbeiterfrage eine große Aufmerksamkeit schenken, und sie sich vielfach zu ihren Parteizwecken auszunützen und auszunützen versuchen, ist eine bekannte Thatsache, und ihnen von den Conservativen des Continents abgeleert worden. Die Jhnhaupten wurde seinerzeit von den Tories (den englischen Conservativen im Parlament durchgesetzt, und speziell Disraeli, der Chief der jetzigen Ministeriums, ist der Erbsünder oder wenigstens Hauptführer jener famosen Lehre, daß zwischen der Aristokratie und der Arbeiterklasse eine „natürliche Allianz“ bestehe, die sich gegen die Bourgeoisie (Mittelklasse) zu richten und deren politische und soziale Macht zu zerbrechen habe. In dem Disraelischen Rom „Sibil“ ist dies des Näheren ausgeführt. Für die Leser der „Volksstaat“ bedarf es keines längeren Nachweises darüber, wie Seitens der Aristokratie mit einer solchen „Allianz“ bezweckt wird. Die Arbeiter sollen den hochadlichen Herren als Stimmweih und Chorus dienen, und ihnen die Kastranen aus dem Feuer holen. Die englischen Arbeiter haben dies auch sehr wohl begriffen: haben nach dem Erfahrungssatz, daß, wenn zwei Spitzhüben streiten, der ehrliche Mann zu seinem Recht kommt, aus dem Streit zwischen Bourgeoisie und Aristokratie möglichst Vortheil gezogen, es aber hartnäckig unterlassen, sich die Finger zu verbrennen. Sollte Herr Disraeli demnach die Lockpfeife in den Mund nehmen und sich auf die Arbeiterfängerlei verlegen, so wird uns das kein Wunder; die englischen Arbeiter werden in diesem Falle schwerlich sofort mit einem revolutionären non possumus! (können nicht!) antworten; sie werden sehen, was der Herr Vorkämpfer zu bieten hat, von ihm nehmen, was sie aus sicherer Distanz fassen können, ihm aber nicht auf den konservativen Leim gehen. Denn sie „kennen das Lied, sie kennen den Text, und kennen den Herrn Verfasser.“ Sie wissen: die konservative Lösung der sozialen Frage ist die Lösung der sozialen Frage der Conservativen.

— In Nr. 32 des „Volksstaat“ besprechen wir das sinnige und Unzureichende der heutigen Wahlssysteme und fühlten aus, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden könne. Unsere Vorbehalte hinzugesetzte Bemerkung, daß in dem Schweizer Canton Neuenburg ein Wahlssystem, wie wir es wünschten, eingeführt sei, hat eine Zuschrift von unterrichteter Seite veranlaßt, wo wir hier zum Abdruck bringen. Dieselbe lautet:

„Leipzig, den 22. März 1874  
Gehrte Redaktion!  
In einem sehr beherzigendwerthen Artikel in einer der letzten Nummern des „Volksstaats“ über die Minoritätenvertretung findet sich gegen das Ende die allerdings nicht als Faktum hinstellte Bemerkung, es sei dieses System vor etwa 3, 4 Jahren Canton Neuenburg eingeführt worden. Dies ist nun nicht Fall. Es erhob sich zwar vor etwa 6—8 Jahren eine sehr heftige Agitation, welche die Einführung der Minoritätenvertretung des sogenannten Quotient electoral, bewoche und sich über Grenzen Neuchâtel's auch nach Genf verpflanzte, wo sich besond. Erneste Raville bemühte, dies System zur Geltung zu bringen. Er verteidigte seine Sache (cf. mehrere Artikel im „Journal



Genere") ebenso wie seine liberalconservativen Gesinnungsgenossen in Neuenburg, leider nicht mit dem glücklichen Erfolg, welcher diesem so eminent demokratischen und gerechten Prinzip gebührt hätte. Der Antrag, den die liberale Partei in dieser Beziehung stellte, ward im großen Rath damals, also vor etwa 6—8 Jahren, abgelehnt, da die Mehrheit dieser Behörde aus Radikalen bestand und noch besteht. Die Ablehnung dieses so radikalen Antrags Seitens der Radikalen muß befremden; dies Erkennen schwindet jedoch, wenn man bedenkt, daß die Radikalen im Neuenburger Großrath etwa 50 Vertreter haben, die Liberalen ca. 45; da nun nach Annahme dieses Wahlmodus die Liberalen verschiedene Stimmen gewonnen hätten, so wäre somit die ganze radikale Mehrheit sehr in Frage gestellt gewesen. Es erinnert also die Einbringung jenes Antrags sehr an die Taktik der Ultramontanen im deutschen Reichstag, die schon manchmal erkannenswerth freiheitliche Anträge stellten, nicht aber deshalb, weil sie sich etwa besonders viel um Einführung radikaler Institutionen kümmerten, sondern weil sie sich von freierer Bewegung auch mehr Nutzen für ihre Parteizwecke versprachen. — Item, ein Antrag, der wahrhaft freisinnige Einrichtungen beabsichtigt, soll und muß von jedem ehrlichen, gewissenhaften Manne unterstützt und angenommen werden, mag er nun gestellt sein, von wem er wolle, und so wollen wir die Neuenburger Radikalen ebensowenig ganz entschuldigen, als wir nur ein Wort der Entschuldigung für die ehrlichen, gewissenhaften Liberalen im deutschen Reichstag haben, die freisinnige Anträge verwarfen, weil sie zufällig vom Centrum ausgingen. Doch genug davon! Die deutsche Reichsgesinnungstüchtigkeit der nationalen „Heldensänglinge“ ist bekannt.

Was unser System anlangt, so wird es in der Eidgenossenschaft und in Italien ernstlich discutirt und zwar von den sonst entgegengesetzten Parteien, und wird über kurz oder lang in diesem oder jenem Canton realisiert werden. Jedenfalls ist es eine Forderung, welche die entschiedene Demokratie in Deutschland zunächst anzu streben hat, und nicht deshalb bloß, weil sie eventuell statt 9 vielleicht 20 Deputirte entsendend würde, sondern weil dies System aus dem demokratischen Prinzip consequenterweise hervorgeht. Wir behalten uns vor, nochmals auf die Sache zurückzukommen.

— Zum ersten April werden die Hubertusburger Festungsgefangenen auf die Festung Königstein übersiedelt. Zeitungen und Briefe an unsere gefangenen Parteigenossen sollte man vom 31. März an dorthin adressiren.

— Am 24. März wurde der Mitarbeiter des „Volkstaat“, Seiffert, wegen Beleidigung des Schourgerichtshofes (siehe politische Uebersicht in Nr. 20 vom vorigen Jahre) auf Grund des Preßgesetzes zu 150 Thlr. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt. Der Verlauf dieses Processes bot insofern einige ganz neue Momente, als Seiffert, der sich geweigert hatte, den Verfasser des incriminirten Artikels zu nennen, schon im Monat Januar wegen „verweigerter Zeugenaussage“ zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt wurde. Diese Strafe ist verblüht. Ein alter Rechtsgrundlag sagt: Non bis in idem, d. h. ein Vergehen soll nur einmal geahndet werden (Wiederholungsfälle natürlich ausgenommen). Die Leipziger Richter kennen diesen Satz wohl nicht und so hat Seiffert für denselben Artikel erst 6 Wochen abzusitzen gehabt und soll jetzt noch 150 Thlr. zahlen. Ein nicht zu unterschätzender Beweis staatsanwaltlicher Leistungsfähigkeit! Vielleicht zieht man aus der Sache noch weitere Consequenzen und fängt, wenn Lieblecht und Bebel von Hubertusburg kommen, den Hochverratsproceß noch einmal von vorne an. Es ist ja ein altes Sprichwort: „Doppelt gestraft hält gut zusammen“.

— Parteigenosse Leuschke aus Pirna ist zu Colleda wegen „Majestätsbeleidigung“ zu 1 Jahr 6 Monate verurtheilt worden. Näheres folgt.

## Gewerkschaftliches.

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
**Braunschweig, 14. März.** Die Collegen in Bayreuth stehen mit ihren Arbeitgebern in einer Lohndifferenz; es wollen deshalb die Collegen den Zuzug nach dort bis auf Weiteres fernhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

Witte Februar wurde in Berlin ein Schneidertag (Arbeitgeber) abgehalten. Zur Hebung des Geschäfts wurde beschlossen, mehr Lehrlinge heranzubilden, und um tüchtige Arbeiter zu erzielen, ist eine Ausstellung von Schneiderarbeiten in Aussicht genommen, welche diesen Sommer in Dresden sein soll. Um die Arbeiter dafür zu gewinnen, will man die Prämien den Arbeitern und nicht den Arbeitgebern zukommen lassen. Wir werden später Gelegenheit nehmen, zu zeigen, wie die Geschäftshebung von diesen Herren gemeint ist.

Den Vereinsgenossen die Mittheilung, daß sich Wiesbaden dem Verein angeschlossen hat; auch sind die Collegen dem Krankenunterstützungsbund beigetreten. Zum Bevollmächtigten wurde gewählt Heinrich Schuster, Saalgasse 10, zum Kassirer Wilhelm Hornne, Plattenstraße 3.

Die Bevollmächtigten haben dafür Sorge zu tragen, daß der Krankenunterstützungsbund an den Orten, wo sich Mitglieder befinden, der betreffenden Behörde angezeigt wird, die Antragsblätter folgen in diesen Tagen; vom 1. April an ist meine Adresse: Scharrnstraße 1, 2 Treppen, Eingang Sonnenstraße.

**F. Mumm.**  
**Braunschweig, 20. März.** Die von den Collegen in Bayreuth in Nr. 32 d. Bl. angekündigte Lohndifferenz hat in Folge der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber am 18. März zur Arbeitseinstellung geführt. Die Zahl der feiernden Collegen beträgt nahe 70 Mann, fast alle sind verheirathet. Wenn auch einige Collegen noch in einem Geschäft untergebracht werden können, weil da schon die 25 Prozent Lohnforderung gezahlt werden, so ist der Strik vorläufig doch ein langwieriger, deshalb, Collegen, thue Jeder seine Pflicht, damit wir unseren Brüdern zum Siege verhelfen, und haltet den Zuzug von Bayreuth fern. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, diese Meldung in ihre Spalten aufzunehmen.

An die Bevollmächtigten ergeht die Aufforderung, entsprechende Summen aus der Debitkasse zu nehmen und sie den Collegen in Bayreuth zu übersenden. Diese Gelder müssen durch Gesamt-Extrafaktoren wieder gedeckt werden. Gelder für die Strikenden sind zu senden an Lorenz Dreyer, Jägerstraße Nr. 659 in Bayreuth. Briefe an A. Schweizer, Münz Nr. 170.

Vom 1. April an ist meine Wohnung nicht mehr alte Waage, sondern Scharrnstraße Nr. 1, Eingang Sonnenstraße.

Da es in letzter Zeit vorgekommen ist, daß Gelder für die Hauptkasse an den Geschäftsführer gesendet worden sind, so mache ich darauf aufmerksam, daß alle Gelder, mögen sie bestimmt sein zu was sie wollen, an den Hauptkassirer, Turnierstraße Nr. 8, zu senden sind.

Für den Ausschuß

F. Mumm.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

**Goltha, 13. März.** Da wir schon kürzlich eine Arbeitseinstellung der hiesigen Zimmerleute in kürzerer Zeit in Aussicht stellten, so berichten wir allen Collegen und Fachgenossen, daß von den Meistern, „Bereinigte Baugewerksverein“ genannt, jetzt die Forderung von 1 Stunde Minderarbeit und zwar von 6—6 Uhr früh abgeschlagen wurde, und zwar durch ein Schreiben, in welchem dieselben den Gesellen bekannt machen, daß, im Fall sie, die Gesellen, die Arbeit in Masse niederlegten, die polizeiliche Hülfe in Anspruch genommen würde. Darauf hin haben nun sämtliche Zimmergesellen von Stadt und Land die Arbeit eingestellt und der Geist unter denselben ist bis jetzt ein guter und wir hoffen, wenn Ihre, Collegen der Holzarbeitergewerkschaft und Fachgenossen, uns durch Euer Schärlein unterstützt und den Zuzug von hier fernhält, in kurzer Zeit unsere Forderung erlangt zu haben, welche wohl eine der humansten ist. Darum ersuchen wir Euch nochmals, uns, wie es in Euren Kräften steht, zu unterstützen und alle Gelder an August Schmidt, Mohrenstraße Nr. 18, Cassirer der Holzarbeitergewerkschaft zu schicken. Wir ersuchen freundlichst alle arbeiterfreundlichen Blätter um Abdruck dieses Bericht's.

Mit sozialdemokratischem Gruß

In Auftrage der theilhaftigen Mitglieder der Holzarbeitergewerkschaft und deren Collegen.

Der Vorstand der Holzarbeitergewerkschaft: Wabst.

### Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

**Goltha.** Der hiesige Zimmererstreik dauert fort. Unterstützungsgelder sind zu senden an August Schmidt, Mohrenstraße Nr. 18.

**Braunschweig.** Der Verwaltungsrath sieht sich genöthigt, gleich den anderen Gewerkschaften unserer Richtung, den Beschluß zu fassen, das Wörtchen „International“ zu entfernen, resp. zu streichen, und verbreitet diesen Beschluß allen Mitgliedschaften zu einer Urabstimmung.

Fachgenossen! Dieses so harmlose Wort erregt dennoch vielseitigen Anstoß bei den Gerichtsbehörden, sowie auch bei den Arbeitern selbst; an manchen Orten beanstandet man deshalb unsere Statuten, tritt also unserer Organisation hindernd in den Weg. Dies bewog uns zu obigen Beschlusse. Dadurch geht aber kein iota unserer Principien verloren, denn ohne diese ausdrückliche Bezeichnung sind wir dennoch international, weil ja unsere ganze Organisation auf internationaler Grundlage beruht. Nun, Gewerkschaftsgenossen, wir hoffen, daß Ihr unseren Beschluß einhellig unterstützen werdet; setzt diesen Punkt auf die Tagesordnung Eurer nächsten Versammlung, und theilt das genaue Resultat, wie viel Stimmen dafür und wie viel dagegen abgegeben werden, binnen spätestens 14 Tagen brieflich uns mit, wir werden das Gesamtergebnis dann ebenfalls auf diesem Wege bekannt geben. Noch theile ich mit, daß nun die Holzarbeiter, Metallarbeiter und Schuhmacher bereits die Union gebildet haben. Auch an uns erging die Aufforderung, uns ebenfalls der Union anzuschließen, jedoch hat der Verwaltungsrath dies bis zu unserer nächsten Generalversammlung vertagt, hingegen aber beschlossen, den zu Pfingsten in Aussicht stehenden allgemeinen Gewerkschaftscongreß durch Delegirte zu beschicken.

In Giesendorf bei Bremerhafen, sowie in Staßfurt sind neue Mitgliedschaften gegründet worden; der Bevollmächtigte für Giesendorf Carl Kaufmann, Zimmerer, wohnt Lohrstraße, Stegholzhofes Haus; Brede, Maurer, Kassirer; Carl Stoppel, Zimmerer, Schriftführer; Kahlmann, W. Henn und Burmeister, Controleure. Für Staßfurt Friedrich Wöbel, Maurer, Bevollmächtigter, wohnt Rossmarienstr. 5; Wilhelm Schneider, Schriftführer; Andreas Banke, Kassirer; August Jahn und Wilhelm Jahn, Controleure.

Ferner ist Material an Augsburg und andere Orte gesandt, aber noch kein Resultat an uns gelangt. Gelder sind die letzte Zeit eingegangen von Regensburg 1 Thlr. 6 Gr., von Leipzig 5 Thlr. 6 Pf. und von Giesendorf die Einschreibgebühren von 136 Mitgliedern 22 Thlr. 20 Gr. Diejenigen Mitgliedschaften, welche noch mit ihren Beiträgen, sei es zur Gewerkschafts- oder auch zur Krankenkasse im Rückstande sind, mögen dieselben baldigst an den Hauptkassirer Wilhelm Weigense, Kupferwette 8, einsenden.

Für die Verwaltung

Heinrich Kiele, Schoppenstedterstraße 50.

## Correspondenzen.

**Leipzig, 24. März.** Von Herrn Dr. jur. Gustav Rasch geht uns in Betreff der Aeußerungen des elsässischen Abgeordneten Herrn Guerber im Reichstage über die Abhängigkeit der Presse in Elsaß und Lothringen — Guerber hatte gesagt, es gäbe in Elsaß Lothringen kein unabhängiges Blatt — nachfolgende Erklärung zur Veröffentlichung zu:

Ich höre, der elsässische Abgeordnete zum Reichstage Herr Guerber hat sich in Betreff seiner bekannten Aeußerung über die Abhängigkeit der Presse „in den neuen Reichslanden“ auf mein Zeugniß berufen. Die betreffende Stelle meines Buches „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ lautet im Auszuge also:

„Die ersten Gesetze, welche die preussische Verwaltung „den neuen Reichslanden“ machte, bestanden in dem Belagerungszustand und in der Dicitatur. Währenddem wurde aus Berlin eine Wolke von Preßagenten und Lohnschreibern, reich mit Geldmitteln aus dem Replikensfond versehen, über die neuen Reichslande ausgeschüttet. Mein Freund Eugen Richter hat kürzlich einmal im Landtage dies offiziöse Gründungswesen dienstwilliger und gehorsamer Preßorgane, im Interesse der Regierung öffentliche Meinung zu machen, an den Pranger geschlagen. Ein Stück dieses offiziösen Gründungswesens wurde ganz in der von Eugen Richter geschilderten Art und Weise gleich nach dem Beginne der preussischen Occupation in der ausgedehntesten Weise auch in den beiden obersten Provinzen in Scene gesetzt. In Straßburg wurden zwei lithographische Correspondenzen, um die deutschen Zeitungen mit wohlgeschulten Correspondenzen über die Zustände zu versehen, in den Hauptstädten wurde eine ganze Reihe von Zeitungen gegründet, deren Herausgeber, Redacteurs und Mitarbeiter direkt oder indirekt von der preussischen Verwaltung abhängig waren und täglich „inspirirt“ wurden. So entstanden in Metz als amtliches Organ die „Zeitung für Lothringen“ — Gazette de la Lorraine — und die „Reger Zeitung“, in Mülhausen die „Mülhauser

Zeitung“; in Straßburg wurde die „Straßburger Zeitung“ als amtliches Organ für Elsaß und Lothringen aufgegeben, und der in deutscher und französischer Sprache erscheinende „Niederelbsche Courier“ — Le courrier des Bas-Rhin — zog einen offiziellen Rock an. Die Lokalblätter gerietten sammt und sonders in die Hände der preussischen Behörden, während die „Colmarer Zeitung“ aufhören mußte, zu erscheinen. Nur ein einziges Blatt hat sich inmitten dieser abhängigen Bedientenpresse unabhängig erhalten können, der in Mülhausen erscheinende „Industriel alsacien“. Wahrscheinlich hat er sein Leben nur dem Umstande zu verdanken, daß sein Inhalt weit mehr industrieller als politischer Natur ist.“

„Während der letzten Monate ist es endlich einer unabhängigen elsässischen Zeitung gelungen, die Concession zum Leben zu erhalten. Die Geburtswehen haben aber Jahr und Tag gedauert. Viele Aerzte und Hebammen sind bei ihrer Geburt thätig gewesen. Die Geburt selbst nahm wieder mehrere Monate in Anspruch. Das neue Organ nennt sich „Elsässer Journal“, und erscheint in täglicher Ausgabe in französischer und deutscher Sprache. Seine Herausgeber sind ehrenwerthe und anständige Männer, der Adv. Gustav Fischbach und der frühere Redacteur des „Niederelbschen Couriers“, Bauer, als der „Niederelbsche Cour.“ noch ein unabhängiges Blatt war und noch keinen offiziellen Rock angezogen hatte.“

„Aber das „Elsässer Journal“ ist so zahm, daß ich ihm wegen dieser übergroßen Zahmheit sehr wenig elsässische und lothringische Leser propheteie. Vielleicht ist die Zahmheit geheime Bedingung seiner Existenz. Ich bin fern davon, dies zu behaupten; aber, wenn es diesen zahmen, matten Charakter behalten soll, so bin ich der Meinung, es wäre wohl besser gewesen, Herausgeber und Redacteur hätten mit dem Erscheinen bis nach Beendigung der Dicitatur gewartet.“

Dies ist der Zustand der Presse in Elsaß und Lothringen noch heute. Weshalb also das Geschrei gegen den Reichstagsabgeordneten Guerber? Sonderbar, daß die Rechte, wenn man sie „Knechte“ nennt, diesen Namen nicht ertragen können? Wir aber, welche wir das „Selbstbestimmungsrecht der Menschen“ als Devise auf unsere Fahne schreiben, werden und immer das Recht nehmen, sie „Knechte“ zu nennen.

Dresden, 23. März 1874.

Gustav Rasch.

**Dresden.** Gegen Dr. Gustav Rasch ist nun seitens des Braunschweiger Kreisgerichts wegen seines in Braunschweig bei W. Brade jr. erschienenen und dort mit Beschlag belegten Buches „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ auf Grund der §§ 95, 130, 131 des Reichs-Strafgesetzbuches wegen Majestätsbeleidigung, Verhöhnung der Reichsgewalt und Aufreizung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zum Haß gegen einander die Kriminaluntersuchung eingeleitet. Das Verbrechen der Majestätsbeleidigung soll in einer mitgetheilten Unterredung mit dem Herzog von Augustenburg aus dem Jahre 1864 bezug genommen sein; des Verbrechens der Aufreizung der elsässischen Bevölkerung gegen die preussische soll sich der Verfasser in der Schilderung der in Metz herrschenden Stimmung und des dritten Verbrechens in der Schilderung der sogenannten „Inspirationen“ auf der Präfectur zu Straßburg und in den Berliner Ministerien schuldig gemacht haben. Der eigentliche Inhalt des Buches, die Schilderung und Kritik der Verwaltung im Elsaß und der dort herrschenden Zustände ist also in der Anklage gänzlich umgangen. Dr. Rasch hat zuvörderst gegen das Braunschweiger Kreisgericht den Einwand der Incompetenz erhoben und verlangt, da er ein Preuße sei, Aburteilung vor den preussischen Gerichten, weil das forum domicili, falls sich der Angeklagte darauf berufe, dem forum delicti commissi vorgehe und ein Reichsstrafproceß jetzt bis jetzt nicht existire. Falls das Braunschweiger Kreisgericht auf der Fortsetzung des Processes beharre, will er die Intervention der preussischen Behörden anrufen.

**Berlin, 23. März. (Reichstag.)** Man gelangte heute zu § 26 der Preßvorlage, durch welche der Termin für die Berathung der Verfolgung von Preßvergehen auf sechs Monate festgesetzt wird; der Paragraph wurde angenommen.

§ 27 handelt von der ohne richterliche Anordnung zu vollziehenden Beschlagnahme von Druckschriften. Die Commission schlägt vor, eine solche eintreten zu lassen, wenn der Name des Druckers ic. auf der Druckschrift fehlt, wenn verbotene ausländische Schriften verbreitet werden, wenn in Zeiten des Krieges verbotene Veröffentlichungen erfolgen, wenn § 134 des Strafgesetzbuches verletzt ist, oder wenn durch Plakate Verbrechen oder Vergehen begangen werden sollen. Die Conservativen suchten diese Bestimmungen zu verschärfen, indem sie vorschlugen, auch die Vergehen gegen § 130 des Strafgesetzbuches und Aufforderungen zu hoch- und landesverräterischen Unternehmungen als Grund zu Beschlagnahmen in das Gesetz mit aufzunehmen, während die Fortschrittspartei vorschlägt, dem § 27 folgende Fassung zu geben: „Eine Beschlagnahme findet nur bei unächtigen Abbildungen und durch die zuständige richterliche Behörde statt“, welcher Antrag durch den Abg. Herz, Bezirksgerichtsrath in Nürnberg, vortrefflich verteidigt wurde. Abg. Treitschke hielt ebenfalls eine sehr schöne Rede für die Freiheit der Presse, um dann, echt nationalliberal, für die Maßregeln, wie sie von der Commission und den Conservativen vorgeschlagen wurden, einzutreten, so daß Sonnemann ganz richtig und unter Beifall erklärte, man habe nach dem Ansätze der Rede Treitschke's einen ganz anderen Schluß erwarten müssen. Die Ultramontanen trennten sich in dieser Frage: dem Abg. Wallinkrodt war der Antrag Herz zu radikal, mit ihm stimmt in diesem Sinne beinahe das ganze Centrum, der Abg. Wajunkle hingegen trat entschiedener gegen die Zulässigkeit der Beschlagnahme auf. Der Pole Rogolewsky erklärte schadenfroh, solche Gesetzbestimmungen, die hauptsächlich gegen die annektirten Provinzen gerichtet wären, die hauptsächlich gegen die seien gleich dem Haße, der auf einer bösen That hafte, er freue sich, daß die Deutschen, um die annektirten Provinzen verdauen zu können, solche Gesetze nunmehr auch für sich mit herstellen müßten.

Unter Ablehnung aller gestellten Amendements wurden die Vorschläge der Commission, wie sie oben angeführt sind, angenommen. Ferner finden alle diejenigen Bestimmungen Annahme, welche in den §§ 28 bis 32 enthalten sind und auf die Beschlagnahme Bezug haben. Dieselben sind ohne wesentliche Bedeutung.

Die Vorschriften der Landesgesetze über Abgabe von Freieremplaren an Bibliotheken ic. werden durch das Reichspreßgesetz nicht berührt. — Eine besondere Besteuerung der Presse und der einzelnen Preßzeugnisse (Zeitungs- und Kalender-Stempel, Abgaben von Inseraten) findet nicht statt. — Das Gesetz tritt am 1. Juli 1874 in Kraft. Seine Einführung in Elsaß-Lothringen bleibt einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Der letztere Satz, welcher bei Abstimmung unter Amendament mit 174 gegen 129 Stimmen angenommen wurde, führte zu



fanger und lebhafter Debatte. Der effaßliche Abgeordnete Guerker vertrat die Interessen seines Landes mit recht viel Geschick und benutzte die Gelegenheit wieder zu einer vernünftigen Schilderung der preussischen Wirtschaft in Esch-Lothringen. Trotz der in gewisser Beziehung übertrieben zur Schau getragenen Bescheidenheit konnte Guerker nicht verhindern, daß der nationale Miquel in wahrhaft unwürdiger Weise über ihn und den Abgeordneten Teutsch, welcher nicht anwesend war, herfiel. Guerker bestritt deshalb den Ordnungsruf. Der Präsident fand den Miquel den Abg. Teutsch der Narrheit beschuldigt hatte, hierzu aber nicht genügend. So mußte denn Windthorst die Ehrenrettung deutschen Rechts- und Anstandsgefühls übernehmen, indem er unter wüthendem Lärm der großwahnsinnigen Nationalen erklärte, man habe die Eschler im Reichstage bisher weder ritterlich noch liberal behandelt. Die Nationalen liberalen werden in Bezug auf schulmeisterlichen Ton in ihren Reden und Zwischenrufen, Lachen und dergleichen Angelegenheiten alle Tage übermüthiger, wie wir sagen wollen, obwohl ein scharfer Ausdruck am Ende passender sein würde.

Der Abgeordnete Schulze-Delitzsch stimmte in Bezug auf die Frage des Verhältnisses zur Esch-Lothringen mit den Nationalen liberalen. Er ist also für Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes.

**Berlin.** Wie die Rage das Mausen, so kann die „Kreuzzeitung“ das Verdächtigen und denunciziren nicht lassen, obwohl sie selber jetzt verdächtigt und des Ungehorsams, ja der „Rebellion“ angeklagt wird und darnach Gelegenheit hat, es zu empfinden, wie verkehrt solch fanatisches Treiben ist. So beginnt der Leitartikel der Sonnabendnummer der „Volkzeitung“, der gestimmten, lammfrommen, tugendhaften und unbedachten, was sie selbst mit dem Titel „Organ für Jedermann“ erhärtet. Die „Volkzeitung“ verschmäht die unehrlichen Waffen des fanatischen Treibens, des Verdächtigens und Denuncizirens; ihr astronomisch-physico-politischer Leitartikler hat ja selbst vor den Würgerlügen — es ist allerdings schon lange her — den bitteren Kelch der Demagogenhetz jagd geloset. Wer zieht aber die Blige, die — weil zu alt — nicht mehr zünden wollen, aus der Kumpelammer hervor? Die biedere „Volkzeitung“. Dreimal wöchentlich müssen Brandartikel gegen die verhassten Sozialdemagogen erscheinen. Pech, Schwefel und Flammen auf diese vermaledeiten Volksverführer!

Mit dem vorn angeführten Erguß leitet die „Volkzeitung“ die Abwehr ein gegen die Behauptung der „Kreuzzeitung“, daß Joh. Jacoby's Identifizierung der Grundsätze der Demokratie von 1848 und der jetzigen Sozialdemokratie vollständig richtig sei und fährt dann fort: „Wir beantworten diese Frage“ — weohalb man Jacoby's Behauptung nicht offen entgegnetre — „mit folgendem grundsätzlichen Argument: Wenn jemand — wie's bei J. der Fall ist — ein anvertrautes Mandat abweist, und wenn besonders diese Ablehnung und er wünscht ist, so fühlen wir uns nicht verpflichtet, seine Motive und die daran geknüpften Behauptungen einer Kritik zu unterziehen.“ Also weil die Ablehnung erwünscht, sind die Motive „gleichgültig“, will man sich über sie nicht ausdrücken, den Behauptungen J's nicht offen entgegnetre. Daß die Zurückweisung des Mandats den Herren Fortschrittlerern gelegen kam, wissen wir nur zu gut, sie hat sie vor dem Errothen bewahrt.

**Achim, 24. März.** Durch angelübigen Lohnabzug (von 10—15 Sgr. pro Tausend Cigarren) in zwei Fabriken steht hier eine Arbeitseinstellung der betreffenden Cigarrenarbeiter in Aussicht und ist deshalb der Zuzug nach hier fern zu halten. Außerdem haben wir ein Arbeitsnachweisinstitut errichtet und hat sich ein Jeder, auch für die Zukunft, darnach zu richten, wenn er zugereist kommt, sich an den Vorsitzenden desselben, L. Singner, zu wenden.

**Stahlfurt.** Nachdem im vorigen Monat Habermann aus Magdeburg, einer Einladung folgend, in dem drei Stunden von hier entfernt liegenden Städtchen Köschitz in einer Volksversammlung über das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausführlich gesprochen, ging ich, da unser Vornieder Vertrauenmann Fritz Hansen und Parteigenosse Jacob Lindemann bereits eine zweite Volksversammlung auf Wunsch der Köschitzer Arbeiter einberufen, gemeinsam mit Beiden herüber. Nach meinem Referate bildete sich eine, wenn auch nur schwache Mitgliedschaft. Die Schuld der geringen Theilnahme liegt wohl theils an den erbärmlichen Lohnverhältnissen, denn kräftige Arbeiter verdienen einen Tagelohn von nur 15 Sgr.; zweitens wurden die Leute im Jahre 1869, wo die bittre Noth sie sämmtlich zwang, die Arbeit niederzulegen, von etlichen Individuen übel beschwändelt. Der Herr Güterbesitzer und Zudersfabrikhaber Silberschlag war nun aber nach liberaler Consequenz soweit gegangen, mehrere Transporte schwedischer Arbeiter zu engagiren, die auch nach guten Versprechungen sehr bald eintrafen, aber in einiger Zeit wieder von dannen zogen, nachdem vieles Verheißene unerfüllt geblieben und die wackeren Köschitzer Arbeiter, nachdem sie genügend am Hungertuche genagt, den Herren Ausbeutern, wie man munkeln hörte, einige saure Rippenstücke beigebracht hatten. So großartig der Ausschweifung ist, den die Industrie in hiesiger Gegend in den letzten Jahren genommen hat, und je mehr sich das Verfallthum in den Händen Einzelner anhäuft, so elend ist die Lage der Arbeiter in hiesiger Gegend. Meilenweite Länderstrecken sind theils Privatbesitz eines Einzelnen geworden, theils als Pachtgüter auf Jahre vergeben worden. So hat z. B. der Vertreter unseres Kreises im Reichstage, Amts Rath Diege zu Barbi, wollte sagen Herr von Diege, die königliche Domäne zu Barbi. Dieser Herr Volksvertreter zahlte vor einiger Zeit in den kurzen Tagen einen Tagelohn von 8 Sgr. an kräftige Arbeiter, im Sommer zahlte derselbe natürlich den ungeheuren Lohn von 12 bis 15 Sgr. pro Tag, in der Zudersfabrik erreicht er die gleiche enorme Höhe. Sind nun irgendwo einige Morgen guten Acker preiswürdig zu verkaufen, so hat der Herr Amts Rath den nächsten Credit. Arbeitermassen werden aus dem Städtchen herangezogen, in großen Casernen untergebracht und für oben genannten riesigen Lohn beschäftigt. Zur Wahl fehlt's dann an Stimmweh nicht; die letzte Wahl bewies uns, daß das Städtchen Barbi von ca. 5000 Seelen für den von Diege 677 Stimmen abgegeben; dabei will aber ein großer, noch halbselfständiger Theil kleiner Leute, wie man so hört, gar nicht gewählt haben. Stahlfurt hingegen, mit einer ca. 13—14,000 zählenden Einwohnerzahl, hatte für Regner 671, für von Diege 359 und für Otto von Freylich 69 Stimmen bei zahlreicher Theilnahme abgegeben. Das 3000 Seelen zählende Dorf Löbnitz hingegen gab für Meyner 173, für von Diege 70 Stimmen ab. Nun, hoffentlich werden die Arbeiter dieses Kreises durch eine vernünftige Organisation allmählich einen andern, das wahre Volksinteresse vertretenden Abgeordneten in den Reichstag schicken und menschenwürdige Verhältnisse somit anstreben helfen.

**Chicago, 23. Febr.** Parteigenossen! Folgende Daten sollen dazu dienen, Euch ein klares Bild von unserer Agitation zu geben.

Um womöglich der Noth, welche infolge der hereingebrochenen Krise für diesen Winter drohte, die Spitze abzubrechen und daneben auch für die Verbreitung unserer Prinzipien Sorge zu tragen, beschloßen die drei hier in Chicago existirenden deutschen Sectionen der Int. Arbeiterassoziation sich durch Circulare an alle hier bestehenden Gewerksvereine zu wenden um Unterstützung und thätigste Mithilfe, sie konnten jedoch weiter keinen als den int. Möbelarbeiterverein und die französische Section der Int. Arbeiterassoziation dazu bewegen. Die 16 Delegationen dieser fünf Vereine nun traten am 2. Nov. als provisorisches Comité zusammen und beschloßen, da von der feindlichen Presse Nichts zu erwarten sei, Handbills drucken zu lassen und dieselben durch arbeitlose Parteigenossen in der Stadt Haus für Haus zu verbreiten. In einem Aufruf wurden folgende näher begründete Forderungen aufgestellt:

- 1) Arbeit für Alle, welche keine Arbeit haben und im Stande sind und Willens sind zu arbeiten. Mit hinreichendem Lohn.
- 2) Vorschüsse an Geld oder Lebensmitteln aus der Stadtkasse für alle Nothleidende.
- 3) Sämmtliche Verteilung der Vorschüsse sollen von einem Comité, welches die Arbeiter selbst zu ernennen haben, überwacht werden, damit die Hülfe diejenigen erhalten, welche es wirklich bedürfen.
- 4) Sollten nicht genug Baarmittel in der Stadtkasse vorhanden sein, so soll der Stadtkredit in Anspruch genommen werden.

Der Aufruf wurde in zwölftausend englischen und ebensoviel deutschen Exemplaren gedruckt und vertheilt. In den Vereinsthallen in West Park Str. und in W. Lake Str. hatten Comités von Morgens 8 bis Abends 8 Uhr mit aufgelegten Listen Sitzung. Der Erfolg war ein durchschlagender; binnen 8 Tagen hatten wir ca. 8000 Unterschriften, und wir beriefen deshalb auf Sonntag, den 21. Dezember eine Massenversammlung nach der Borwärts-Turnhalle ein. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war diese Halle, welche ungefähr 10,000 Menschen faßt, bis unter das Dach gefüllt, und Tausende mußten, da der Raum zu klein, wieder fort gehen. Hier nun in dieser Massenversammlung wurde ein Comité von 8 Mann gewählt, um am andern Tage, Montag, den 22. Dezember, Abends 8 Uhr, dem Stadtrath, welcher dann in Sitzung ist, unsere Forderungen zu unterbreiten; und wurde, um der Sache den gehörigen Nachdruck zu verleihen, eine Massenbegleitung des Comités beschlossen.

Es kam denn auch eine Demonstration zu Stande, wie Chicago noch keine ähnliche gesehen, ja die „Ill. Staatszeitung“ sagte am Dienstag im ersten Schred: die bedeutendste Massendemonstration der Vereinigten Staaten sei gestern Abend vom Stapel gelaufen. Trotzdem aber erkläre sich diese Zeitung nicht, da alle Zeitungen mit ihr in den ersten Tagen die Zahl 20,000 als zu niedrig erklärt hatten, nach 8 bis 4 Tagen von circa 4—5000 Communisten zu heulen, welche es gewagt hatten, den Stadtrath zu interpelliren. Schon Nachmittags hatten sich die Herren Polizeicommissare die Füße wund gelaufen, um das Comité zu veranlassen, die Demonstration nicht nach dem Stadthaus zu führen, und könnten wir als sicher annehmen, daß 1 Mill. Doll. für die Arbeiter bewilligt seien; natürlich konnte das Comité nichts davon thun, und mußten die Herren mit dem Versprechen zufrieden sein, daß keine Ruhestörungen vorkommen würden. Sie zogen es jedoch vor, die ganze Kumpelgarde (Polizei) anzubieten, und dieselbe in und um das Rathhaus zu postiren. Wie uns andern Tags durch die Zeitungen versichert wurde, nicht gegen uns oder zum Schutz des Stadtraths, o Gott bewahre, nur zum Schutz des Rathhauses, da dasselbe nicht fest genug sei, um den Andrang der Massen auszuhalten; und dabei erzählt man hinterher, daß sogar Kanonen geladen auf dem Polizeihauptquartier gestanden hätten. Doch die Arbeiter hielten ihr Wort und verhielten sich ganz ruhig, und deshalb hinterher das Wegleugnen der Angst.

Als nun das Arbeitercomité, bestehend aus 8 Mann mit der Reserve von mehr denn 20,000 auf der Straße, zum Stadtrath kam, erklärte derselbe recht zuvorkommend seine übrigen Geschäfte für beendet, und bat unser Comité, sein Anliegen vorzubringen. Es geschah, und versprachen die Statistiker, Alles zu thun, damit der Noth abgeholfen würde; es sei jedoch für heute zu spät, um etwas Spezielles zu erledigen, und wurde ein Comité aus fünf Aldermännern und dem Major gewählt, um am andern Tage mit unserm Comité gemeinschaftlich Sitzung zu halten. Die Arbeitermassen zogen beruhigt nach Hause. Einige, die sich nicht damit beruhigen wollten, wurden als Querköpfe noch selbigen Abends von unsern Mitgliedern abgelangelt, und die Sache ruhte bis Dienstag Nachmittags. Wie kam unser Comité da von der Sitzung zurück? Mit ellenlangen Gesichtern; der Stadtrath hielt zwar sein Versprechen vom vorigen Abend auch diesen acht Comitésmitgliedern aufrecht: er wollte Alles thun, was in seinen Kräften stände, um die Noth zu lindern; aber er bewies auch unserm Comité haarschein durch Gesetze, daß er auch nicht das Allgeringste thun könne, ja er bewies sogar, daß die Gesetze nicht nur nicht für uns, sondern direkt gegen uns gemacht sind.

Nun aber hatte die ganze Welt vor zwei Jahren für die Abgebrannten von Chicago gesammelt, und waren damals 600,000 Doll. nicht zur Verteilung gekommen, und waren deshalb der „Aid and Relief Society“ übergeben, die müssen dieselben jetzt herauslösen, sagten die Aldermänner, und hin ging es am vierten oder fünften Tage mit unserm Comité zur Relief und Tausende von Nothleidenden folgten unserm Comité auf der Ferse. Angesichts dieses Umstandes nun versprach auch die „Relief Society“ wieder, Alles zu thun, um der Noth abzuhelfen, trotzdem die Herren Aldermänner nicht mehr Courage genug hatten, den Direktoren der Relief gegenüber Alles aufrecht zu erhalten, was sie vorher gesagt.

Eine Woche durch ging es mit der Relief, am Schlusse derselben machte dieselbe ihre Ausgaben bekannt im Betrage von 45,000 Doll., und berechneten die Zeitungen darnach, wie lange das Geld aushalten würde. In der zweiten Woche erschien eine Bekanntmachung der Direktoren, daß nur noch schriftlich Applicationen eingereicht werden könnten; in der dritten war schon nichts mehr zu hören, und jetzt hört man nur noch klagen, daß die Relief Nichts mehr herausgab.

Also sogar die in der ganzen Welt gesammelten Almosen benötigen diese Klasse als Sinecure, denn die Herren Direktoren sollen, wie ich gehört habe, 10 Doll. täglichen Lohn haben; und würde das Geld diesen Winter ausgegeben, dann hätten dieselben nachher kein Amtchen mehr.

Doch wir haben uns durch alles dieses nicht entmutigen lassen, sondern haben eine Arbeiterpartei von Illinois gegründet, und macht dieselbe, wenn auch vorläufig erst hier in Chicago, tüchtige Fortschritte. Es sind bis jetzt 15 Sectionen gegründet mit circa 2000 Mitgliedern, und geben wir uns der Hoffnung hin, bis zur nächsten Wahl unsere eigenen Deputirten zu wählen.

Die drei hier existirenden deutschen Zeitungen haben eine nach

der andern sich uns zur Verfügung gestellt, wir haben jedoch alle unsere Kraft aufgeboren und ein eigenes Blatt gegründet. Hoffentlich ist dasselbe in Europa schon bekannt, und man wird aus demselben am besten schließen können, wie die Bewegung hier wächst. Mit brüderlichem Gruß  
H. N. Zimpel.

\*) Wir haben die Probenummer genannten Blattes, des „Borbotten“, erhalten und daraus ersehen, daß die Arbeiter von Chicago kräftig in die große Bewegung einzugreifen gesonnen sind. Red. d. „V.“

**Briefkasten**  
der Redaktion: Lehmann Kochig; nächste Nr., Brief folgt. — E. Belmar: nächste Nr. — Stoffandrang so groß, daß Verschiedenes zurückbleiben mußte.

der Expedition: Wundt Däßel Sch. 13 gr. O. D. hier Ann. 4 gr. Arbeiterver. Kl. Sch. Ann. 11 gr., Sch. 15 gr. Arbeiterpartei Bremen Ann. 11 gr. Fachver. d. Holzarb. Salzbg. Ab. 2. D. 1 tbr. 21 gr. Sie haben pro 3. D. 7 gr. 5 pf. gut. Böttcherw. Berlin Ann. 1 tbr. 3 gr. Maurergew. Lübeck Ann. 9 gr. D. Sch. Niederplanig Ann. 5 gr. Bst. P. 15. 2. D. 1 tbr. 4 gr. Arbeiterver. Geseßigkeit Berlin Ann. 14 gr., Gefangener das. Ann. 24 gr., L. das. Ann. 3 gr., Dehne das. Sch. 24 tbr. 24 gr. — Der mehrmals irrthümlich angeführte Annoncencent der Mitgliedschaft Zwidau, 16 gr., ist beglichen.

**Mahlfond.**  
Zum Arbeiterverein Groß-Börscher auf Liste Nr. 297 26 Gr.

**Genossenschaftsbuchdrucker.**  
Antheilscheine bez. Antheilquittungen ertheilt ferner: In Dresden C. N. 1 tbr.; in Leipzig W. S. 1 tbr.; in Mainz V. J. L. 3 tbr.; C. L. 4 tbr.; J. L. 3 tbr.; in Göttingen G. S. 3 tbr.; H. D. 3 tbr.

**Berlin** Sonnabend, den 28. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hrn. Mittel (im Andreasgarten, Andreasstraße 26). Vortrag des Herrn Richter. — Die Ausschußmitglieder haben Sonntag Nachmittag 3 Uhr Krausenstr. 11 bei Kolsch zu erscheinen. D. B.

**Breslau** Sonntag, 29. d. M., Abends von 6 Uhr ab: Gesellige Zusammenkunft mit Damen im Café Sansjoni, Reibgasse 4, parterre links. — Die Mitglieder werden aufgefordert, wichtiger Mittheilungen halber pöflöglich zu erscheinen. Gäste sind gern gesehen.  
Der Vorstand.

**Görlitz** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 29. März, Nachmittags 5 Uhr: Mitgliederversammlung bei Gastwirth Götz, Bergstraßen-Eck. Das Erscheinen Aller ist durchaus notwendig. Die Mitglieder von Darmen werden ersucht, uns in unserm neuen Vereinslokal zu besuchen.  
B. Horn, Vertrauensmann.

**Hamburg** Montag, den 30. März, Abends halb 9 Uhr: Versammlung in Hansk. Lindlof. Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion über Religion und Sozialdemokratie. Gäste haben Zutritt. D. B.

**Hannover** Montag, den 30. März, Abends 8 Uhr: Versammlung der Mitglieder im Lokale des Herrn Barling, Knochenhauerstr. 59. Tagesordnung: Krankenaffen-Angelegenheit. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Beoolmächtigte.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 28. März: Versammlung Windmühlenstraße 7. Vortrag von D. Stelzer. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
D. B.

**Leipzig** Donnerstag, den 26. d. M., Abends 8 Uhr: Allgemeine Versammlung der Schlosser, Schmieße, Dreher, Gäntler, Klempner u. s. w.: große Windmühlenstraße 7. T. D.: Beschäftigung des in Hannover stattfindenden Metallarbeiter-Congresses durch einen Delegirten.

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 27. März, Abends 8 Uhr, bei Jabin, Turnerstr. 3. — T. D.: Das Contractirungs-Gesetz. Ref.: W. Finf. — Sozial-politischer Wochenbericht. Ref.: Habbich. — Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

**Leipzig** Tischler-Kranken- und Begräbniskasse. Sonnabend, den 28. März, Abends halb 8 Uhr: Generalversammlung bei Jabin, Turnerstraße 3. — Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht und dessen Justifikation; 2) Wahl des Vorstandes und theilweise Erhebung desselben; 3) das Krankengeld und dessen Dauer betr.; 4) Ausgang der Kranken; 5) Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Vorstand.  
NB. Omittungsblätter sind vorzulegen.  
(26)

**Thonberg u. Umgegend** Arbeiterverein. Montag, den 30ten März, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Gäntler. Sonnabend, den 28. März, Abends halb 9 Uhr: Festcomité-Sitzung bei Weber, Mariengasse. Der Vorstand.

**Ein herzlichtes Lebewohl allen Freunden & Collegen** bei meiner Abreise nach Magdeburg  
Leipzig, 24. März, 1874.  
Otto Döring, Sattler.

**Danksagung.**  
Den Oesterreicher Mannern für die gesendeten 38 tbr. 9 Sgr. 6 Pf. zur Unterstützung der kranken Maurer besten Dank, mit dem Versprechen, in ähnlichen Fällen ebenso handeln zu wollen.  
Lübeck, 22. März 1874. Im Auftrage der kranken Maurer:  
W. Voß, Sec.

**Eine starke Nähmaschine,** fast neu, ist billig unter Garantie zu verkaufen Leipzig, Erdmannstr. 8 Hintergebäude 2 Tr. rechts.

**Arbeits-Hosen.**  
Aocht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.  
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.  
„ Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/10 Sgr.  
empfehl

**Louis Guttman**  
J. N. No. 24 Grimmische Strasse in Leipzig No. 24.

**Bekanntmachung.**  
Wir erwarten bis Ende dieses Monats bestimmt, daß sämmtliche Fiskalen, soweit dies nicht geschehen, die Abonnementsbeträge für 1. Quartal 74 re. einjenden, da sonst für 2. Quartal die Zufendung unterbleibt. Ebenso erwarten wir binnen 8 Tagen von allen Fiskalen die Bekanntgabe ihrer Abonnentenanzahl, wie auch allenfallsige Aenderung der Adressen für 2. Quartal.  
**Die Expedition des Volksstaat.**  
Leipzig: Secretär, Redakteur: W. Pfeiffer. (Redaktion u. Expedition: Weiserstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdrucker.